

Atommüll Die niedersächsische Debatte

Der Kurswechsel der Merkel-CDU in der Energiepolitik lässt auch Niedersachsens CDU offener auf Distanz zum Endlagerstandort Gorleben gehen. Ein offenes „Nein“ zur Endlagerung in Gorleben aber gibt es nicht, die Erkundung soll weitergehen.

Schon jetzt sind es 102 Castoren

Auch die Landesregierung sieht das Zwischenlager in Gorleben nun als bösen Vorboten

Von Michael Ahlers, Hannover

Der Minister war in Erklärungsnot. „Das eine ist der rechtliche Rahmen, das andere der politische“, verteidigte Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) im Landtag noch einmal seine jüngste Entscheidung, den geplanten Castor-Transport aus dem französischen La Hague ins niedersächsische Gorleben nicht zu untersagen.

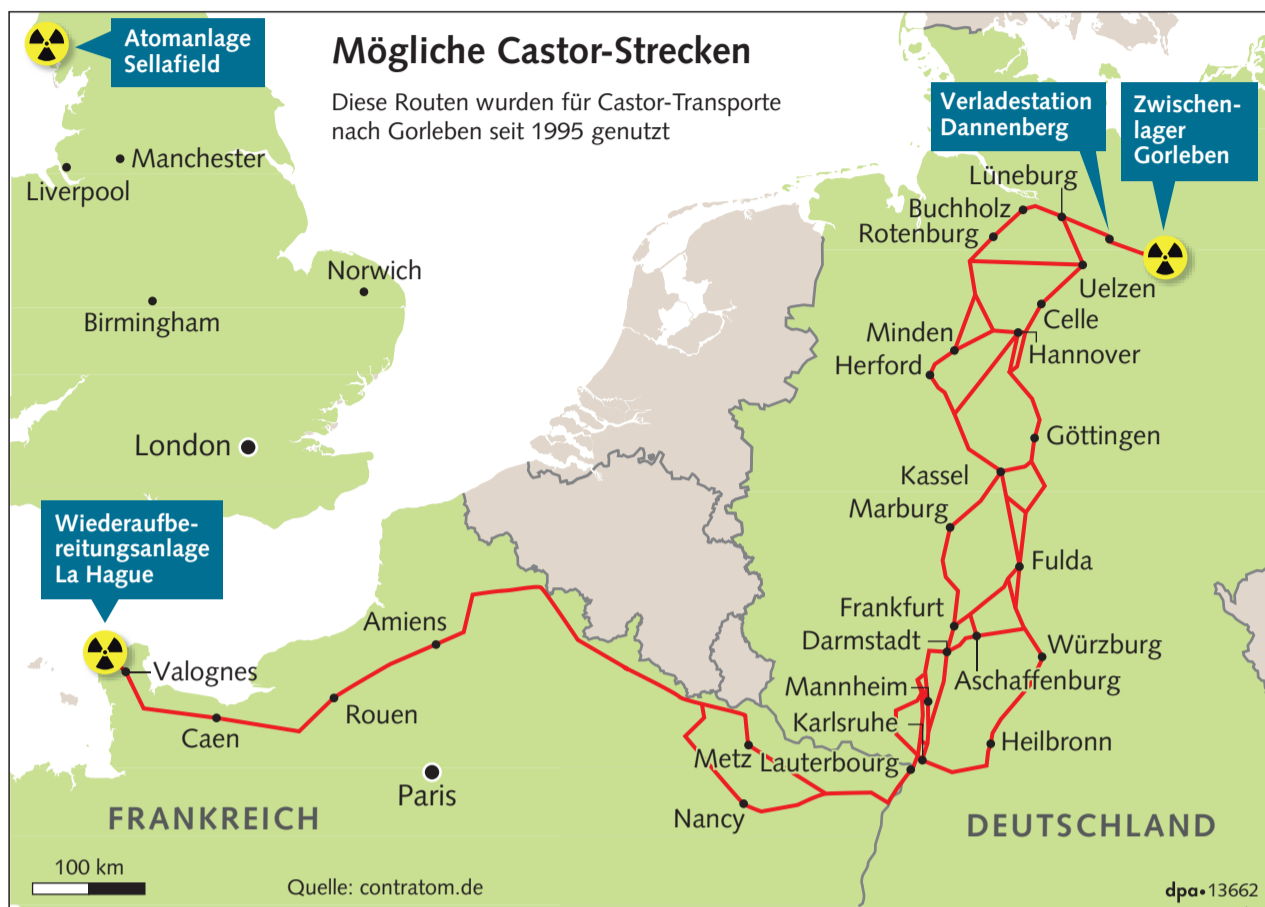
Einen Hoffnungsschimmer sah die Landesregierung aber auch. Wenigstens jene Castor-Behälter aus dem britischen Sellafield, die zwischen 2014 und 2017 ebenfalls ins Zwischenlager Gorleben sollten, könnten laut Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) auch woanders abgestellt werden. „Die Betreiber müssten dafür die entsprechenden Anträge stellen“, so das Bundesamt.

„Politisch absolut falsch“ hatte Sander den für Ende November angesetzten Transport genannt. Rechtlich aber, so der Minister und sein Ministerium, stehe der Einlagerung von elf weiteren Behältern mit deutschem Atommüll aus der Wiederaufarbeitungsanlage nichts entgegen.

„Keiner will Gorleben, aber keiner von Ihnen hebt die Finger gegen den nächsten Transport“, hatte Grünen-Fraktionschef Stefan Wenzel Sander entgegengeworfen. „Erst den Transport genehmigen, dann lautstark in Frage stellen“, schimpfte auch SPD-Fraktionsvize Detlef Tanke.

Das Zwischenlager in Gorleben ist zwar nicht das einzige zentrale Atommüll-Zwischenlager in Deutschland. Auch im nordrhein-westfälischen Ahaus etwa wird Atommüll in Castoren eingelagert, ein weiteres Zwischenlager liegt in Mecklenburg-Vorpommern. An Kernkraftwerken wird außerdem dezentral Atommüll aufbewahrt.

„Nur für das Transportbehälterlager Gorleben besteht eine Genehmigung zur Aufbewahrung für die aus



Das sind die möglichen Routen der Castor-Transporte von der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague bis zur Verladestation Dannenberg. Die Schiffs-, Straßen- oder Eisenbahnroute der Castor-Transporte von der Atomanlage im britischen Sellafield wollte das Bundesamt für Strahlenschutz auf Nachfrage gestern nicht benennen.

der Wiederaufarbeitungsanlage (...) in Frankreich zurückgeführten hochradioaktiven Glaskokillen“, so das zuständige Bundesamt für Strahlenschutz. Über die Rücknahme gibt es völkerrechtliche Verträge. Seit langem fürchten SPD, Grüne und Linke in Niedersachsen eine Vorfestlegung auf ein Endlager Gorleben, je mehr Atommüll ins dortige Zwischenlager gebracht wird. Auch Sander hatte vor einigen Tagen betont, der November-Transport werde die Debatte um einen guten End-

lager-Standort belasten. „Sie sind die Atomaufsicht“, forderte SPD-Politiker Tanke das Land noch einmal zur Absage des Transports auf. Doch nach Messungen des Tüv sowie der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt bleibt die Strahlung auch nach Einlagerung elf weiterer Castoren deutlich unter dem zulässigen Wert. Sander will das Vertretern von „Greenpeace“ heute noch einmal persönlich darlegen. Der CDU-Politiker Martin Bäumer zitierte im Landtag genüsslich Äußerungen des

früheren Bundesumweltministers Trittin (Grüne). Dieser habe die Castor-Transporte zu seiner Amtszeit als „rechtlich unabweisbar“ bezeichnet.

Mit der Forderung, Castoren aus La Hague woanders einzulagern, waren McAllister und die Minister Sander und Schünemann bei Röttgen gescheitert. Alternativen zu Transporten aus Sellafield hatte auch Greenpeace gefordert. Doch dort stehen nur 21 Behälter. In Gorleben sind schon jetzt 102.

Positionen der Verantwortlichen in Bund und Land



Norbert Röttgen

An guten Vorsätzen mangelt es ihm nicht: „Wir müssen die Konsensstimmung für eine gemeinsame Endlagersuche nutzen“, sagt Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Doch bei der Umsetzung hapert es: Das Endlagersuch-Gesetz wird sich verzögern – wie sich Röttgen den Konsens vorstellt, wenn er Gorleben weiter erkunden lässt, ist offen.



David McAllister

Der Ministerpräsident schrieb dem Parteifreund Röttgen im August 2011 einen Brief. „Es ist nach unserer Auffassung notwendig, zunächst zu klären, ob das bisherige Konzept, das eine nicht-rückholbare untertägige Endlagerung (...) vorsieht, noch den gesellschaftlichen wie auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügt.“ Rückholbarkeit als zentrales Kriterium hatte er schon 2010 gefordert.



Wolfram König

Der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz kann sich von der Debatte bestätigt sehen: Wolfram König wirbt seit Jahren mal mehr, mal weniger offensiv dafür, neben Gorleben weitere Standorte für ein Atommüll-Endlager zu untersuchen – weil Gorleben sogar noch vor Gericht scheitern könne. Einstweilen muss seine Behörde aber weiter Castor-Transporte nach Gorleben genehmigen.

Abschied durch die Hintertür

Niedersachsens CDU/FDP-Landesregierung setzt auf eine stetige Demontage des Projekts Gorleben

Von Michael Ahlers, Hannover

Die Antwort wäre „Nein!“ gewesen, doch es kam keine Antwort.

„Wollen Sie als Angsthase in die Geschichte eingehen, Herr McAllister?“, rief der Grünen-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Stefan Wenzel, dem Regierungschef zu. Doch der äußerte sich gestern im Parlament nicht zum Endlager-Gipfel bei Bundesumweltminister Norbert Röttgen. „Herr McAllister, fahren Sie nicht immer nur nach Berlin, sondern stellen Sie sich dort endlich auch quer“, meinte auch der SPD-Abgeordnete Detlef Tanke.

So richtig querstellen in der Atompolitik, das bleibt wohl weiter Sache der Aktivisten von „X-tausendmal quer“. Zwar hatte McAllister schon als CDU-Fraktionschef demonstrativ die Augen verdreht, wenn CDU-Obere aus Berlin mal wieder nassforsch über den sicheren Eignungsnachweis für den niedersächsischen Endlager-Standort Gorleben palaverten – meist als reines Sturmgeschütz der süddeutschen Unionsländer. Doch Protest blieb aus.

Mag sein, dass McAllisters gute Kontakte zu den niedersächsischen Grünen auch in der Sache Zweifel an der Eignung des Salzstocks streuten – von den politischen Unannehmlichkeiten und ständigen Protesten ganz abgesehen. Vor allem aber will die CDU offenbar ein Haupthindernis aus dem Weg räumen, falls es nach der Landtagswahl 2013 zu einer Mehrheit mit den Grünen kommen könnte. Deshalb



Der Fraktionsvorsitzende der niedersächsischen Grünen, Stefan Wenzel, sprach gestern im Landtag.

Foto: Peter Steffen/dpa

ist auch in Niedersachsens CDU/FDP-Landesregierung seit längerer Zeit hartnäckig von „Rückholbarkeit“ die Rede. Salz umschließt in langen Zeiträumen den Atommüll – ein zusätzlicher Schutz im Konzept der Endlagerung in tiefen geologischen Schichten wie im Salzstock

Gorleben. Aber ein K.o.-Kriterium, sobald sich die deutsche Endlagerdebatte in eine andere Richtung bewegt. Gorleben wäre dann durch eine Hintertür erledigt.

Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) jedenfalls forderte bereits im Mai 2010 eine Rückholbarkeit von Atommüll in Gorleben im Fall eines Laugenzutritts. Den hatte die Landesregierung in der Asse erlebt. Als „zentrale Forderung an den Bund“ stellte Sander im Herbst 2010 nach einer Sitzung des Landeskabinetts hoch offiziell die Rückholbarkeit des Atommülls aus einem Endlager heraus. Dies hatte als niedersächsischer Ministerpräsident bereits Christian Wulff (CDU) verlangt. Während Wulff jedoch die „ständige und jederzeitige Rückholbarkeit“ gefordert hatte, sprach Sander zunächst von Rückholbarkeit nur während der Betriebsphase des Endlagers. Doch das Signal war klar.

Um der Botschaft den nötigen Nachdruck zu verleihen, schrieb Ministerpräsident McAllister am 11. August dieses Jahres an den „lieben Norbert“. Darin stellte McAllister dem Bundesumweltminister nicht nur jene Fragen, die an ein gesetzlich geregeltes Endlager-Suchverfahren zu stellen sind („Was ist das Ziel der bundesweiten Suche? Wer führt

ein solches Verfahren? Welche Kriterien werden zugrunde gelegt? In welchem Rechtssetzungsverfahren erfolgt die endgültige Standortfestlegung? Wer soll das Zwischen- bzw. Endlager betreiben?“ und anderes). Und natürlich fehlt in dem Brief auch der Schlüssel zum Ausstieg aus dem Projekt Gorleben nicht: Rückholbarkeit. „Eine (...) rückholbare Lagerung könnte grundsätzlich sowohl untertägig oder oberflächen-

nah in Gesteinsformationen oder aber auch in ober- oder unterirdischen baulichen Einrichtungen erfolgen. Sie könnte ferner de-

zentral oder auch zentral umgesetzt werden“, schreibt McAllister. Sander hatte sogar mehrfach die Lagerung von Atommüll in Bunkern ins Spiel gebracht. Im niedersächsischen Landtag schließlich durfte als Gast EU-Kommissar Günther Oettinger seine Vorstellungen verkünden. „Ein Endlager, wie ich es mir vorstelle, ist eine Tiefgarage“, sagte Oettinger – man müsse an den Atommüll wieder herankommen.

Das sagen – für einen überschaubaren Zeitraum – zwar auch Bundesregierung und Bundesamt für Strahlenschutz. „Eine dauerhaft rückholbare Endlagerung (...) ist mit Abstrichen bei der Sicherheit verbunden“, warnt aber das Bundesamt. Viel Stoff für lange Debatten.

„Wollen Sie als Angsthase in die Geschichte eingehen, Herr McAllister?“

Grünen-Fraktionschef Stefan Wenzel